Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 1 | April 1934 | Nummer 7

1848—1934

Von **Historicus.**

Der heldenmütige Kampf der Wiener Arbeiter vom Februar dieses Jahres erweckt die historische Erinnerung an die entsprechenden Vorgänge im Jahre 1848. Auch damals unterlag die Wiener revolutionäre Demokratie nach tapferstem Widerstand der technischen und zahlenmäßigen Uebermacht der schwarzgelben Reaktion. Die äußere Voraussetzung der Niederlage war 1848 wie 1934 dieselbe, nämlich die vollstände Isolierung der Wiener Kämpfer: 1848 standen die Wiener revolutionären Demokraten ganz allein, als Windischgrätz und Jellachitsch heranrückten. Die reichsdeutsche Demokratie rührte sich nicht. Sie konnte nur gute Wünsche und Sympathie-Resolutionen geben. Böhmen stand abseits, Italien konnte nicht helfen und die Ungarn kamen in unzulänglicher Zahl und zu spät. Ebenso standen die Wiener Arbeiter in diesem Februar völlig isoliert und ohne Hilfe im Kampf gegen Dollfuß und Starhemberg. Die sozialistische Internationale konnte diesmal den Wiener Revolutionskämpfern ebensowenig helfen wie 1848 die demokratische Internationale.

Der Ruhm des roten Wien ging 1848 durch alle Länder Europas. Alle Demokraten, Kommunisten und Sozialisten waren stolz auf das Beispiel, das Wien ihnen gegeben hatte. Aber es drängt sich heute die Frage auf: war nicht, historisch gesehen, der bewaffnete Widerstand, den die Wiener 1848 der Habsburger Armee entgegensetzten, ein heldenmütiger Irrtum? Welche Folgen hatte der ruhmreiche Kampf von 1848? Zunächst war die österreichische Demokratie tot und die Reaktion neu gefestigt. Erst 40 Jahre danach gewann eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich wieder Bedeutung. Erst 70 Jahre nach dem Einzug der kaiserlichen Truppen in das besiegte Wien wurden die Habsburger vertrieben.

Ebenso könnte es nachdenklich stimmen, daß nach der Niederlage der Pariser Arbeiter im gleichen Jahre 1848 ein Operetten-Despot wie Napoleon III. über 20 Jahre in Frankreich gebieten konnte, und daß jetzt, nach dem Zusammenbruch der italienischen Arbeiterbewegung, Mussolini schon ein Dutzend Jahre in Rom kommandiert, ohne daß ein Ende des Faschismus abzusehen wäre.

Es ist richtig, daß jede große historische Niederlage der Demokratie und der Arbeiterbewegung eine schmerzliche und langwierige Periode

einleitet, in der die Kräfte zu einem neuen Aufstieg gesammelt werden können. Historische Prophezeiungen sind eine undankbare Angelegenheit. Dennoch ist es ganz ausgeschlossen, daß das System Dollfuß sich nach seinem Siege im Straßenkampf ebenso stabilisieren kann, wie es sich das System Franz Josefs leisten konnte. Ebensowenig kann Hitler heute die politische Dauerhaftigkeit Napoleons III. nachahmen.

In einem glänzend geschriebenen Artikel erklärte Friedrich Engels zu Beginn der österreichischen Revolution von 1848, daß die Dampfmaschine und die Eisenbahn die Totengräber des barbarischen Reiches der Habsburger seien. Auf lange Sicht hatte Engels unbedingt Recht. Die Industrialisierung muß am Ende den feudalen Absolutismus zertrümmern und dem demokratischen Sozialismus den Weg öffnen. Aber — was Engels 1848 noch nicht wissen konnte — es waren zunächst Uebergangsperioden möglich, in denen feudal-militaristische Herrschergruppen sich mit der modernen Industrie verständigen und durch sie neue Lebenskraft gewinnen konnten.

Die Donau-Monarchie der Habsburger gewann gerade durch die Eisenbahnen, die Industrie und das Finanzkapital neue Stützpunkte. Die Periode Franz Josefs brachte von 1850 mindestens bis 1900 in Oesterreich und Ungarn einen mächtigen ökonomischen Aufschwung; in einem gewissen Grade eine Anpassung der Donauländer an die gesellschaftlich weiter fortgeschrittenen Teile West- und Mittel-Europas. Der habsburgische Feudalismus wurde der Nutznießer dieses ökonomischen Aufschwunges, fand ein, wenn auch schlecht funktionierendes Kompromiß mit dem großen Bürgertum, und konnte die Demokratie unterdrücken. Die habsburgische Monarchie konnte ihren Völkern nach 1848 einen ökonomischen Aufstieg geben, und so behauptete sie sich.

In ähnlicher Weise war die Aera Napoleons III. eine Periode des mächtigen Aufschwungs für das französische Kapital. Ebenso bringt der italienische Faschismus ohne Zweifel eine gewisse technische Modernisierung seines rückständigen Landes. In Italien sind die Demokratie und die Arbeiterbewegung zertrümmert. Aber dafür fahren die Eisenbahnen pünktlich, die Sümpfe werden getrocknet, Balbo flog nach Chikago, und ein italienischer Dampfer eroberte das blaue Band des Ozeans. Diese Bestrebungen der italienischen Faschisten, ihr Land auf die Höhe der modernen kapitalistischen Technik zu bringen, also die Produktivkräfte Italiens zu steigern, sind ein wesentlicher Grund für die wenigstens scheinbare Stabilisierung der Diktatur Mussolinis.

Dollfuß und seine Freunde versichern, daß jetzt auch in Oesterreich ein „faschistischer" Staat entstehen soll. Aber sie können von Mussolini nur die polizeiliche Gewalttätigkeit übernehmen, aber nichts anderes. Der österreichische Reststaat, wie die Friedensverträge ihn übrig ließen, kann ökonomisch nicht saniert werden. Wie soll wohl der österreichische „Faschismus" positiv im italienischen Stil arbeiten? Wird Fürst Starhemberg auf einem österreichischen Flugzeug nach New York fliegen, wird Major Fey in einem österreichischen Auto die Weltrekorde

schlagen? Der korporative sogenannte faschistische Staat, wie ihn Dollfuß und seine Leute in Oesterreich begründen wollen, kann nichts anderes werden, wie eine kleinbürgerliche Zünftlerei. Irgendein neuer Aufschwung der österreichischen Wirtschaft ist weder auf kapitalistischer noch auf kleinbürgerlicher Basis möglich, ja die Rückkehr in das zünftige Mittelalter ist heute nirgends in Europa durchführbar. Mit der Maschinentechnik des 20. Jahrhunderts kann man keine gesellschaftlichen Zustände verbinden, wie sie der Produktion des 14. Jahrhunderts entsprachen. Das sind eigentlich alles Selbstverständlichkeiten, aber sie müssen doch manchmal ausgesprochen werden, weil gegenwärtig so viele dicke romantische Nebel die Tatsachen verschleiern. Auch in Hitlers Deutschland sehen wir den tragikomischen Gegensatz zwischen den großkapitalistischen Tatsachen und den parteiamtlichen romantischen Illusionen.

In den deutschsprechenden Ländern Mittel-Europas ist der Kapitalismus alten Stils nicht mehr lebensfähig. Das haben die Ereignisse der letzten fünf Jahre endgültig bewiesen. Die grausamen Experimente, die gegenwärtig am deutschen wie am österreichischen Volk vorgenommen werden, können kein neues ökonomisches Gleichgewicht schaffen. Darum ist eine Stabilisierung von Dollfuß oder Hitler, in der Art von Franz Josef oder Napoleon III., nicht möglich. Auch eine Nazisierung Oesterreichs könnte daran nichts ändern, denn wenn zwei Kranke zusammenkommen, werden sie damit noch lange nicht gesund. Das Projekt einer ökonomisch-politischen Annektion Oesterreichs, nebst Ungarns, durch Italien wird jetzt als Gegenlösung von Mussolini und seinem Anhang vertreten. Aber es ist bekannt, welche außenpolitischen Schwierigkeiten einer solchen Lösung entgegenstehen. Außerdem hat die faschistische Regierung bei sich in Italien wirtschaftlich genug zu tun, und wo sollte sie die Milliarden hernehmen, die zu einer Sanierung Oesterreichs auf kapitalistischer Grundlage nötig wären?

Es wäre leichtfertig, irgendwie die Bedeutung und die Folgen der Niederlagen zu unterschätzen, die das österreichische und das deutsche Proletariat erlitten hat. Aber es bleibt doch der unbestreitbare Unterschied in der ökonomischen Perspektive Mittel-Europas, wie sie heute besteht, im Gegensatz zu der Entwicklung nach 1848. Nur die sozialistische Planwirtschaft auf demokratischer Grundlage bringt die Möglichkeit eines neuen Aufstiegs für das deutsche Volk in beiden Staaten. Der Kampf der österreichischen Arbeiter hat gezeigt, welche Energien trotz allem im sozialistischen Proletariat vorhanden sind. Die gleiche Kraft wird sich auch in der Zukunft durchsetzen können, sobald erst einmal der romantische Spuk verflogen ist, hinter dem sich heute der absterbende Kapitalismus verbirgt.

Organisation der revolutionären Massenbewegung

Von S. A. Hauser.

In Italien, Deutschland und Oesterreich hat der Faschismus unter völliger Zertrümmerung der gesamten proletarischen Organisationen einen vollen Sieg errungen. Soll die anschwellende Flut der faschistisch-kapitalistischen Weltreaktion zum Stillstand gebracht werden, so gilt es, aus den Erfahrungen der sozialistischen Bewegung in den drei Ländern Lehren zu ziehen.

Der Entscheidungskampf in Italien hatte dazu angeregt, in das Wesen des Faschismus und in seine Ideologie einzudringen, um die psychologischen Voraussetzungen zu seiner Ueberwindung zu erforschen, die Niederlage in Deutschland war Veranlassung, das Versagen des Reformismus festzustellen; Italien und Deutschland zeigten das Verhängnis der Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Februarkämpfe in Oesterreich aber müssen Veranlassung geben, organisatorische Folgerungen für die Durchführung revolutionärer Massenkämpfe zu ziehen.

Im italienischen Abwehrkampf stand ein Höchstmaß von revolutionärem Elan einem geringen Maß an organisierter Kraftentfaltung gegenüber und in Oesterreich hätte die heldenhafteste Avantgarde des europäischen Proletariats einen breiteren Kampfboden verdient. In Deutschland war ein Höchstmaß an Organisation im Organisationsapparat erstarrt und durch eine illusionäre Kunst parlamentarischen Taktierens und Manövrierens zum Verhängnis geworden. Sowohl die widerstandslose Kapitulation in Deutschland, als auch die Abwehraktionen in Italien und Oesterreich erhärten die geschichtliche Tatsache, daß im gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe ein wehrhafter Sozialismus die innigste Verbindung und Wechselwirkung von politischem Tatwillen (Partei) wirtschaftlicher Kraftentfaltung (Gewerkschaft) und proletarischer Wehrmacht (Arbeiterbünde) in sich vereinigen muß.

Es wird Sache der österreichischen Freunde sein, die taktische Frage zu erörtern, ob der Zeitpunkt für die Proklamierung des Entscheidungskampfes zu früh, zu spät oder richtig gewählt worden war. Nach der heldenhaft geschlagenen Schlacht aber kann die Frage des Zeitpunktes der Aktion in Oesterreich kaum als primär und maßgeblich für den Ausgang angesehen werden.

Wichtig für die internationale Bewegung und ihre Einstellung zu weiteren Kämpfen sind die Beobachtungen technisch-organisatorischer Art, die sich uns nach dem österreichischen Bürgerkrieg aufdrängen. Die in den letzten Monaten des Bestehens der deutschen Bewegung aufgestellte Behauptung, daß im Ringen mit dem Faschismus im Höhepunkt der Massenbewegung der Generalstreik in den Bürgerkrieg münden wird, hat sich in Oesterreich bestätigt. Der Verlauf der bewaffneten Auseinandersetzung in Oesterreich hat aber ebenso deutlich gezeigt, daß der

bewaffnete Aufstand nicht zur isolierten Aktion werden darf. Er bedarf vielmehr der wirksamen Unterstützung durch den Massenstreik. Es ist nicht die Waffe des Generalstreiks als solche, die im österreichischen Kampfe versagt hätte, sondern im Gegenteil ihre ungenügende Anwendung.

Generalstreik.

In der Generalstreikfrage liegt eine umfangreiche theoretische Literatur vor, dagegen verdient die Praxis noch weiter vertieft zu werden. Der gewaltige und erfolgreiche Generalstreik, den die deutsche Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch 1920 geführt hatte, war der lebendige Beweis dafür, daß sein Gelingen von der Initiative der lebenswichtigen Betriebe abhängig ist. Eisenbahn und sonstige Verkehrsmittel, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Druckereibetriebe hatten sich 1920 als ausschlaggebend erwiesen. In Oesterreich ist der Generalstreik durch die Haltung der Eisenbahner von Anfang an nicht zur vollen Entfaltung gekommen und er ist durch frühzeitiges Abflauen in den übrigen lebenswichtigen Betrieben beeinträchtigt worden. Dazu kam das Weitererscheinen der bürgerlichen Presse, das die von der gewerkschaftlich ältesten Tradition getragenen Buchdrucker ermöglicht haben. Diese passive und damit schädliche Haltung wichtigster Arbeitergruppen mußte abgesehen von den unmittelbaren Folgen ihrer weiteren Arbeitsleistung inmitten blutigster Klassenkämpfe moralisch geradezu niederdrückend auf die Kämpferscharen der Arbeiterklasse wirken. Im deutschen Generalstreik 1920 waren auch noch große Teile der Beamtenschaft bis zu den höchsten Beamtenstellen hinauf mit den Arbeitern solidarisch gewesen. Sie hatten den Usurpatoren Kapp-Lüttwitz ihre Dienste versagt, während die öffentlichen Angestellten in Wien, die der Sozialdemokratie alle neuzeitlichen sozialen Errungenschaften zu verdanken haben, von geringen Ausnahmen abgesehen, zu willigen Werkzeugen der Gegenrevolution geworden waren.

Auch in Deutschland war im späteren Stadium die Beamtenschaft ins gegnerische Lager übergelaufen. Es mag den noch demokratischen Ländern zur Lehre werden, daß sozialpolitische Errungenschaften, die einzelnen wenig kämpferischen Berufsgruppen ohne jede eigene Anstrengung und ohne die Notwendigkeit organisatorisch-kollektiver Kraftentfaltung nur durch die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteien einfach in den Schoß fallen, zur Erlahmung dieser Gruppen führen müssen. Das Beispiel der österreichischen Eisenbahner ist besonders lehrreich für die Bestätigung des Wortes: „Nur der verdient die Freiheit wie das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“ Die Eisenbahner dankten der österreichischen Sozialdemokratie ihre Personalvertretung, eine Einrichtung, die den Belegschaften eine unübertreffliche Macht im Betriebe verschafft hatte. Das Ringen mit den Betriebsleitungen, wie es andere Arbeiter- und Angestelltenschichten Tag um Tag mit ihren Unternehmern zu führen haben, war den Eisenbahnern abgenommen worden. Sie hatten ihre Personalvertretung, die

mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet **a l l e s** erledigt hatte. Ob Einstellung, ob Entlassung, ob Fürsorge, ob Beschwerde, die Eisenbahner konnten ihr Schicksal in die Hände der Personalvertretung legen, sie war der soziale Treuhänder der Belegschaft, sie hatte alle Macht im Betriebe. Dieser Vorteil mußte aber ins Gegenteil umschlagen, als die Reaktion sich der Personalvertretung bemächtigt hat. Von diesem Augenblick war den Eisenbahnern alle Macht genommen. In den guten Zeiten der Personalvertretung war ihnen aber auch das kostbare Gut der organisierten Selbsthilfe abhanden gekommen, dessen sie im Augenblick des Entscheidungskampfes so dringend bedurft hätten. Von den öffentlichen Bediensteten ließ sich manche Parallele zu dieser Erscheinung bei den Eisenbahnern geben.

Die großen sozialpolitischen Erfolge der Sozialdemokratie in Deutschland und in Oesterreich sind auch ganz allgemein zu einem politischen Faktum im Entscheidungskampf mit der Sozialreaktion geworden. Soziale Rechte und soziale Leistungen kürzen den Anteil des Unternehmertums am Produktionsertrag, sie treiben die Reaktion in ihrem Widerstand zur höchsten Aktivität, während weite Kreise der Nutznießer dieser sozialpolitischen Erfolge in deren Verteidigung völlig versagen. Es kann sich nicht darum handeln, nun sozialpolitisch inaktiv zu werden, aber es wird in allen Ländern darauf ankommen, den Kampf um die soziale Gesetzgebung nicht zur eigenen Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktionen werden zu lassen, die den verschiedenen Berufsgruppen sozialpolitische Geschenke verabreichen, sondern es stellt sich uns die Frage, welche Maßnahmen geeignet sind, die des sozialen Schutzes bedürftigen Massen in der außerparlamentarischen Bewegung an der parlamentarischen Gestaltung der Gesetze zu beteiligen. Es ist z. B. ein Vorzug der Schweizer Bewegung, daß sie immer wieder große soziale Entscheidungen über den Rahmen des Parlaments hinaus im Referendum zum Gegenstand leidenschaftlicher außerparlamentarischer Kämpfe zu machen weiß, an denen das ganze arbeitende Volk teilzunehmen in der Lage ist. Aber nicht nur das Referendum, sondern **d i e B e w e g u n g** der Massen ist notwendig, wenn die Parlamentsarbeit im Volke verankert sein soll.

Gewerkschaften.

Die fortschreitende Faschisierung der Einzelstaaten in Europa macht es bei aller anzuerkennenden Verschiedenheit der Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern notwendig, die Gesamttaktik der zweiten Internationale in das revolutionäre Ziel einzugliedern. Damit wird auch die Stellung zwischen Partei und Gewerkschaft aktuell. Der Kampf um die Macht kann nur ein politischer Kampf der Arbeiterklasse sein. Auch jede Einzelaktion der Gewerkschaft um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müßte auf das Endziel der Gesamtbewegung gerichtet sein. Im Gegensatz zu dieser Erkenntnis hatte die deutsche Gewerkschaftsführung die Tagesarbeit zum Selbstzweck werden lassen. Sie hatte sich in den entscheidenden Monaten von der Sozial-

demokratie immer mehr distanziert, während in Italien und in Oesterreich die Gewerkschaften sich mit ihrer ganzen organisatorischen Kraft der Partei für den politischen Kampf zur Verfügung gestellt hatten. Die Entpolitisierung der deutschen Gewerkschaften war ihnen zum Verhängnis geworden und hat schließlich ihre Faschisierung erleichtert.

Die Gewerkschaft soll sich bewußt sein, Verfechterin der Gegenwartsforderungen zu sein, ohne zu übersehen, daß sie mit ihrer umfassenden Organisation auch zum Brennpunkt für die Entscheidungskämpfe der Arbeiterklasse werden muß. Das deutsche Beispiel lehrt, daß sie weit entfernt sein muß, selbstsüchtig und engherzig zu sein. Sie darf nicht in einer falsch verstandenen Autonomie ihres Apparates stecken bleiben, sondern muß bereit sein, sich im gegebenen Augenblick in die politisch revolutionäre Bewegung einzuordnen.

Die österreichische Gewerkschaftsführung hat es sorgsam vermieden, die Fehler des deutschen Gewerkschaftsbundes zu wiederholen. Im österreichischen Generalstreik haben sich Erscheinungen gezeigt, die nicht der Führung zur Last gelegt werden können, aber gleichwohl besondere Beachtung verdienen. Die Lücken, die der österreichische Generalstreik aufzuweisen hatte, sind im voraufgegangenen Abschnitt nur zum Teil erklärlich gemacht. Von entscheidender Bedeutung aber war auch die Arbeitsmarktlage. Die Massenarbeitslosigkeit hat ihre Folgen gezeitigt, jedoch keineswegs in der Richtung, die vorher befürchtet worden war. Die Annahme, daß die Massen der Erwerbslosen in ihrer Widerstandsfähigkeit geschwächt, den Trägern des Massenkampfes in den Rücken fallen könnten, hat sich in keiner Weise bestätigt. Die Erwerbslosen waren nicht demoralisiert, ihrer Haltung gebührt volle Bewunderung. Die Reihen der todesmutig kämpfenden Schutzbündler waren von jungen tapferen Arbeitslosen gefüllt, sie haben mehr als ihre solidarische Pflicht getan. Die Erwartung einer Gefährdung des Generalstreikes durch die Arbeitslosen hat sich als irrig erwiesen. Vom Streikbruch durch Erwerbslose war keine Rede.

Soweit die Generalstreiksfront der nötigen Geschlossenheit ermangelte, lag es vielmehr an den noch in Arbeit befindlichen Belegschaften. Nicht die bestehende Arbeitslosigkeit, sondern die Angst vor der neu eintretenden Arbeitslosigkeit, die Sorge um den noch innegehabten Arbeitsplatz hatte die Kampfeskraft geschwächt. Die schon erwähnte Haltung der Buchdrucker ist nur eines der vielen Beispiele. Man mag solche sozial-wirtschaftlichen Erwägungen des einzelnen noch so milde beurteilen, so bedeuten sie eine Verkennung der politischen Situation, denn nach dem Sieg des Austrofaschismus ist heute die Sicherung des Arbeitsplatzes nicht mehr von der Arbeitsmarktlage abhängig, sondern nur noch von der politischen Gesinnung. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten werden von den Heimwehrknechten ersetzt. Diese Erscheinung spricht also nur dafür, daß selbst die Einordnung der zentralen Gewerkschaftsführung in die politische Kampfleitung nicht ausreichend ist, sondern daß über-

haupt die politische Erziehung, d. h. die Politisierung der Gewerkschaften auf die Tagesordnung gesetzt ist. Die Bestrebungen der Gewerkschaften haben sich von ihrem ursprünglichen Zweck entfernt und die Gewerkschaften müssen die Emanzipation der niedergehaltenen Massen zum Hauptziele haben.

Avantgarde und Massen.

Im österreichischen Bürgerkrieg offenbarte sich schließlich die Kluft zwischen dem bis zu übermenschlicher Kraft aktiven Teil der kämpfenden Schutzbündler und den passiv verbliebenen Volksmassen als die große Gefährdung eines Erfolges des bewaffneten Aufstandes. Ein zur vollen Auswirkung entwickelter Generalstreik hätte auch psychologisch eine Sturmwelle im gesamten Volke erzeugt. Dennoch wird sich das Ausbleiben einer Teilnahme weiter Volkskreise an dem Kampf der Schutzbündler aus den Unzulänglichkeiten des Generalstreiks allein nicht begründen lassen.

Sicher bedarf jede proletarische Erhebung einer Kerntruppe, die zielbewußt und mit unerschütterlichem Willen, alle tauglichen Mittel anwendet, um zur Macht zu gelangen. Es ist aber nicht minder notwendig für das Wollen des Vortrupps, eine allgemeine Volksbewegung zu erzeugen. Der Vortrupp darf nicht zum Ersatz einer Massenbewegung werden. Die innere Beziehung zwischen der Aktivistentruppe und den Massen ist von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Kampfes. Der unmittelbare Anlaß zur Entscheidungsschlacht und die Parole für den Sieg müssen im Volksbewußtsein tief verankert sein. Es kann das Gebot der Taktik sein, an einem Tage der Provokation des Gegners auszuweichen, um am folgenden Tage die revolutionierende Wirkung einer Handlung des Gegners zum Anlaß der Mobilmachung der Revolutionsarme zu benutzen.

Die kritische Würdigung der Entscheidungskämpfe in Oesterreich kann nicht abgeschlossen werden, ohne daß wir uns auch in dieser Betrachtung in Ehrfurcht und Dankbarkeit vor dem Heldentum der österreichischen Schutzbündler beugen. Sie sollen nicht vergeblich gestritten und geblutet haben. Eine Schlacht gegen die Uebermacht der staatlichen Exekutive ist verloren, der Krieg geht weiter. Die fortschreitende Waffentechnik des Feindes soll zum Antrieb des europäischen Proletariats werden, die organisatorischen Lücken seiner Abwehrformationen zu ergänzen, die ideologischen Voraussetzungen für den erfolgreichen revolutionären Massenkampf zu sichern. Die Opfer von Wien, Steyr, Linz und Graz sind die Bürgschaft für den Sieg der Arbeiterklasse über die Reaktion der Welt.

Unbelehrbar

Die Komintern und das Prager Manifest

Von Max **Klinger**.

Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse hat eine kritische Bewegung bei den klassenbewußten Arbeitern hervorgerufen. Man untersucht die Ursachen, man fragt nach der Schuld und den Fehlern. Diese Erscheinung ist über alle Parteigrenzen hinaus ganz allgemein. Niemand, der in der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich gehandelt hat, kann sich der Frage nach seinen Fehlern entziehen und keiner kann sagen, daß er unfehlbar gewesen ist und immer richtig gehandelt hat. Mit einer Ausnahme: die Zentrale der KPD hat sich für unfehlbar erklärt, ihre Unfehlbarkeit ist von der Exekutive der Kommunistischen Internationale bestätigt worden, sie ist feierlich von aller Schuld und Fehle freigesprochen, um so mehr, da das Ekki feierlich erklärt hat, daß das deutsche Proletariat keine Niederlage erlitten habe.

Die Unfehlbarkeitserklärung der kommunistischen Zentrale stößt allerdings auf wenig Gegenliebe, und sie konnte erst erlassen werden, nachdem ein Teil der Zentrale wegen konterrevolutionärer Abweichung feierlich verflucht worden war. Die konterrevolutionäre Abweichung bestand in Selbstkritik und einigen damit verbundenen elementaren Erkenntnissen. Die Gruppe Remmele-Neumann hat die Anschauung vertreten, das deutsche Proletariat habe durch den Sieg des Faschismus seine größte Niederlage seit 1914 erlitten, in Deutschland sei eine Epoche des Faschismus und der Konterrevolution angebrochen, der Faschismus sei im gewissen Sinne eine Diktatur des Lumpenproletariats. Die Komintern hat dem entgegengehalten, das seien genau die von Otto Bauer gebrauchten Ausdrücke, es seien verbrecherische und konterrevolutionäre Anschauungen. Warum ist es konterrevolutionär, die weltgeschichtliche Niederlage des deutschen Proletariats zu konstatieren? Weil in dieser Konstatierung das Eingeständnis liegt, daß das deutsche Proletariat etwas zu verlieren hatte — nämlich seine demokratische Kampfes- und Bewegungsfreiheit, von allem anderen gar nicht zu reden. Es ist schwer für jeden, der nicht kommunistischer Dogmatiker ist, diesen kommunistischen Gedankengängen zu folgen. Parteikommunist sein, bedeutet eben, um die Ecke herumdenken zu können. Remmele und Neumann haben sich erlaubt, einmal geradeaus zu denken, und das hat ihnen den Bannfluch eingetragen. Remmele hat ganz ehrlich die Konsequenz seiner Erkenntnisse gezogen: es hat ein Systemwechsel in Deutschland stattgefunden, der Faschismus steht im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie. Das war ein noch größeres Verbrechen, denn für jeden Parteikommunisten gilt das Dogma: bürgerliche Demokratie und Faschismus sind ein und dasselbe. Das wird innerlich zwar kein Parteikommunist in Deutschland glauben, der für kommunistische Betätigung Todesstrafe und Folterung im Konzentrationslager riskiert, während er sich in der bürgerlichen Demokratie legal betätigen

konnte — aber in der Propaganda muß er es behaupten. Remmele hat aus seinen Erkenntnissen, von denen jede einzelne eine Ketzerei war, die Konsequenz gezogen, die noch jede Opposition innerhalb der KPD und der Komintern mit guten Gründen gezogen hat. Er hat eine Theorie des „westeuropäischen Sozialismus" aufgestellt, das heißt, er hat Autonomie gegenüber den Befehlen von Moskau gefordert. Dann hat er noch eins getan. Wie man aus dem Anklageakt erfährt, hätte er nach dem Siege des Faschismus eine Broschüre schreiben sollen — gegen die Sozialdemokratie, statt dessen habe er „hunderte von Seiten mit seinen sozialdemokratischen, brandleristischen, trotzkistischen, konterrevolutionären Auffassungen gefüllt".

Remmele ist unterworfen worden, er hat eine Reueerklärung unterzeichnet, die selbst in der Komintern ohne Beispiel sein dürfte, er ist zwangsweise in die russische Kommunistische Partei überführt worden und hat Zwangsaufenthalt in Rußland. Aber die Folgerungen, die er aus der Lage in Deutschland gezogen hat, halten viele kommunistische Arbeiter für richtig. Die Keulenschläge der faschistischen Diktatur haben ihnen gezeigt, was es mit den offiziellen kommunistischen Dogmen auf sich hat. Diese Dogmen sind deshalb nicht tot. Gerade der Fall Remmele lehrt, daß sie mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Die meisten von ihnen zeugen zwar nicht nur von gänzlich unhistorischem und unmarxistischem Denken, sondern sind geradezu Verrenkungen des gesunden Menschenverstandes, aber sie sind alle notwendig, um die Theorie vom Sozialfaschismus aufrecht zu erhalten. Solange diese Theorie die Generallinie der Komintern ist, können die kommunistischen Führer ihren Anhängern in Deutschland nicht die Wahrheit sagen. Deshalb ist jede Selbstkritik und jede Diskussion den kommunistischen Anhängern auf das strengste untersagt, deshalb wird den Kommunisten ein völlig falsches Bewußtsein von der Lage gegeben, deshalb die Unfehlbarkeitserklärung.

Die Theorie vom Sozialfaschismus hat sehr wesentlich zur Niederlage des deutschen Proletariats beigetragen, die zugleich eine Niederlage der KPD und ihrer Führung ist. Diese Theorie, die die Sozialdemokratie als ein Instrument des Faschismus bezeichnet, hat jede Arbeiterbündnispolitik gegen den Faschismus verhindert. Ihre Aufrechterhaltung nach der Niederlage erfüllt uns mit Besorgnis für die kommende deutsche Revolution. Wenn auch der harte Zwang der Dinge in Deutschland eine andere Sprache spricht als diese Theorie, so wirkt dennoch die Komintern mit ihren alten Verfechtern und mit dem alten Apparat und verhindert damit die Herausbildung eines einheitlichen Klassenbewußtseins der deutschen Arbeiterschaft.

*

Nach der Theorie vom Sozialfaschismus ist das Prager Manifest selbstverständlich eine konterrevolutionäre Aktion. In einem Aufsatz der „Rundschau", dem Organ der Kommunistischen Internationale für Westeuropa, ist eine umfangreiche Kritik des Manifestes erfolgt, die für die Geistesbeschaffenheit der führenden Parteikommunisten bezeich-

nend ist. Aus der Theorie vom Sozialfaschismus geht dabei eine wahnwitzige Beschuldigung der Sozialdemokratie nach der anderen hervor:

„Die Herausgabe dieser scheinradikalen Erklärung mit dem sogenannten „Revolutionsprogramm“ der Sozialdemokratie ist ein Beweis, daß die Sozialdemokratie gezwungen ist, ebenfalls den für jeden sichtbaren revolutionären Aufschwung anzuerkennen; daß sie sich nun beeilt, um im Interesse der Bourgeoisie und bei besonderer Anbiederung an oppositionelle Gruppen derselben mittels radikaler Manöver ihr ramponiertes Ansehen bei den Massen zu heben ... Die SPD will wieder ihrer Rolle als Retterin der Bourgeoisie gegen die bolschewistische Revolution gerecht werden.“

Das Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist „ein sozialdemokratisches konterrevolutionäres Manöver“ und die Sozialdemokratie die Verbündete Hitlers:

„Heute, wo ein neuer revolutionärer Aufschwung der Massenbewegung unter Führung der KPD in Deutschland eingesetzt hat, kommt die Sozialdemokratie wieder als Helferin der Bourgeoisie ... macht die Sozialdemokratie nunmehr unter der Hitlerdiktatur die ersten großen Versuche, um die neue revolutionäre Welle abzufangen.“

Wenn diese neue revolutionäre Welle in Deutschland nur schon vorhanden wäre! Wenn es nach den Kriegspressequartierberichten ginge, die führende deutsche Kommunisten auf der XIII. Tagung der Exekutive der Komintern erstattet haben, müßte sie schon hoch emporbranden! Leider folgen die deutschen Verhältnisse nicht den Wünschen und Befehlen der Komintern.

Ein Manifest, das zu revolutionärer Arbeit aufruft, als ein Dokument der Gegenrevolution zu bezeichnen, ist ein klassisches Beispiel für offenkundige Böswilligkeit. Man behauptet den Tatsachen ins Gesicht, es habe keine Veränderung der Kampfbedingungen in Deutschland, keine einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten der Arbeiter gegeben. Das wird bewiesen mit der alten Behauptung, daß Sozialdemokraten und Faschisten Zwillinge seien. Krupp, Thyssen, Klöckner haben immer geherrscht. Bisher hat die Sozialdemokratie für sie die Macht ausgeübt, jetzt ist lediglich an die Stelle der Sozialdemokratie Hitler getreten — es hat sich also nichts zuungunsten der Arbeiter geändert. Im Gegenteil:

„Aber die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung, das ist die revolutionäre Bewegung der KPD, wächst und breitet sich aus trotz Reaktion. Wenn die sozialdemokratischen Bonzen ihre verloren gegangenen fetten Fleischkübel an der Staatsküche als verlorene Revolution der Arbeiter bezeichnen, müssen sich die SPD-Arbeiter entschieden dagegen wehren.“

Da fehlt nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung: die Hitlerdiktatur bekommt dem deutschen revolutionären Proletariat ausgezeichnet! Die Sucht, die Niederlage zu verbergen, ist an dieser Stelle schon zur Theorie von einer neuen unmittelbaren revolutionären Situation, vom stürmischen Vormarsch der revolutionären Bewegung in Deutschland geworden. Das wird sogar bewiesen, und wie es bewiesen wird, ist bezeichnend für den Geist wie für die Methode: weil die revo-

lutionäre Sozialdemokratie die revolutionären Aufgaben zeigt, die sich für die Arbeiterschaft aus der Situation ergeben, glaubt dieser Kommunist, daß die Revolution in Deutschland unmittelbar vor der Tür steht!

Hier wird deutlich sichtbar, daß die Aussagen des Kritikers über die Situation in Deutschland nicht objektiver Prüfung entspringen, sondern subjektiven Wunschträumen. Diese erstaunliche Methode beweist die Blindheit gegenüber den deutschen Zuständen wie die völlige Abkehr von der marxistischen Methode des Denkens. Die Denkmethode dieses kommunistischen Kritikers sieht folgendermaßen aus: die Sozialdemokraten haben ein Manifest herausgegeben. Das Manifest hat revolutionären Charakter. Also muß in Deutschland eine unmittelbare revolutionäre Situation sein, sonst hätte die Sozialdemokratie nicht ein solches Manifest herausgegeben. Wenn aber die Sozialdemokratie ein solches Manifest erläßt, wo bleibt dann unsere Theorie vom Sozialfaschismus, wo bleiben dann die Gründe für die Spaltung? Also muß bewiesen werden, daß dies Manifest keinen revolutionären Charakter hat, daß es ein Betrug, ein konterrevolutionäres Manöver ist!

Mit dieser heillosen Methode wird nun bewiesen, daß die Sozialdemokratie lediglich zum Staat von Weimar zurück will. Es könnte nach der Kennzeichnung der Methode genügen, den wahren Inhalt des Manifests der falschen Behauptung des kommunistischen Kritikers gegenüberzustellen, wenn nicht der kommunistische Kritiker bei seiner sogenannten Beweisführung einige eigene Anschauungen enthüllen würde, die für den revolutionären Kampf in Deutschland gefährlich sind. Das Manifest enthält die Feststellung, daß aus der Lage der Arbeiter, wie aus den Bedingungen der für sie notwendigen Kämpfe sich der Kampf um demokratische Rechte ergebe, um Koalitionsfreiheit, um Schaffung sozialer Kampforganisationen, um die Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit der Arbeiter. Es zeigt sich weiter, daß dieser Kampf notwendig zum Kampf um die Macht führt:

„Die Wiedereroberung demokratischer Rechte wird zur Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder möglich zu machen und den sozialistischen Befreiungskampf wieder als bewußte Bewegung der Massen selbst zu führen. Jedes demokratische Recht wird aber zur Bedrohung des Fortbestandes der Diktatur. Der Kampf um die Demokratie erweitert sich so zum Kampf um die völlige Niederringung der nationalsozialistischen Staatsmacht. Dieser Kampf ist nur revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht. Der Sturz der Despotie wird sich, wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederringung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampfe vollziehen.“

Der kommunistische Kritiker hat sich erlaubt, diesen Satz in folgender Weise zu zitieren:

„Die Wiedereroberung demokratischer Rechte wird zur Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder möglich zu machen und den sozialistischen Befreiungskampf wieder als bewußte Bewegung der Massen selbst zu führen. Dieser Kampf ist nur revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht.“

Nachdem er den Satz so zurecht gemacht hat, zieht er daraus die folgende Schlußfolgerung:

„Also erst bürgerliche Demokratie als „Durchgangsstadium“ zur ganzen Staatsmacht. Erst halbe Staatsmacht, wieder angeblich die Macht mit der Bourgeoisie teilen, dann erst kann man eine bewußte Bewegung der Massen schaffen, die zum Sozialismus führt.“

Die Absicht, um jeden Preis den konterrevolutionären Charakter des Prager Manifests zu beweisen, führt den Kritiker zu zwei Dingen. Einmal wirft er eine revolutionäre Massenbewegung, die um demokratische Bewegungsfreiheit kämpft, mit einer demokratischen Staatsform zusammen — eine heillose geistige Verwirrung. Zum zweiten aber schwört er jeden Kampf um demokratische Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse für die Kommunisten ab:

„Wir sind dagegen der Meinung, daß, wenn diese bürgerlichen, für die proletarische Revolution äußerst gefährlichen Sozialdemokraten und ihre Helfer, die Trotzkisten und Brandleristen, geschlagen werden — daß wir dann trotz tiefster Illegalität eine solche revolutionäre Massenbewegung schaffen können, die sich die Legalität und darüber hinaus aus der Illegalität die ganze Staatsmacht erobern kann.“

Das ist ganz typisch für die Denkweise des kommunistischen Apparats. Es kommt gar nicht darauf an, die deutsche Arbeiterklasse aus der Erstarrung loszureißen, der Verwüstung ihres sozialistischen Bewußtseins durch die faschistische Propaganda entgegenzuwirken, um die dem Faschismus verfallenden Teile geistig zu ringen, es kommt nur darauf an, Sozialdemokraten, Trotzkisten und Brandleristen zu schlagen! Man muß nur Fraktionskrakeel innerhalb der Arbeiterklasse machen, dann hat der ganze totale Staat, der Machtapparat des Faschismus, nichts zu bedeuten und seine Massenbasis zerfällt von selber!

Man bemüht sich nicht, die Dynamik des revolutionären Prozesses zu erkennen. Man sieht nur erzwungene Illegalität einerseits, Notwendigkeit der Eroberung der gesamten Staatsmacht andererseits. Ein Gedanke zuckt auf: revolutionäre Massenbewegung, die sich die Legalität erobern kann. Aber halt: welche Legalität denn? Und ist Legalität für eine revolutionäre Massenbewegung nicht eine demokratische Forderung? Das darf aus dogmatischen Gründen nicht sein, also wird kühn der große Sprung vollzogen aus dem Reiche der Illegalität — nicht in das Reich der Freiheit, sondern in das Reich der Sowjetdiktatur.

Wir müssen an diesem Punkte eines einfügen: wenn die Kommunisten nicht gerade mit dogmatischer Klopffechterei gegen das Prager Manifest beschäftigt sind, sind sie nicht so ganz trostlos unvernünftig. In derselben Nummer der „Rundschau“, unmittelbar vor dem besprochenen Aufsatz, steht ein anderer, offensichtlich von demselben Verfasser, über eine Entschließung des Zentralkomitees der KPD. zur Lage in Deutschland. Da hört man von Kampflosungen für politische Streiks, gegen das reaktionäre Arbeitsgesetz, für das Recht der Wahl von unabhängigen Betriebsräten, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiter. „Aus den unabweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterschaft“ — so sagt das Prager

Manifest — „ergibt sich so die Forderung nach politischen Rechten, entspringt der Kampf um ihre demokratische Bewegungsfreiheit“. Der kommunistische Kritiker mag noch so viele Purzelbäume schlagen, um den konterrevolutionären Charakter des Prager Manifests zu beweisen, — wenn er versucht, sich ein Bild von den Kampflosungen der Arbeiter in Deutschland zu machen, kommt er, wie das Prager Manifest, zum Schluß: sie werden und sie müssen demokratische Bewegungsfreiheit fordern! Ist das nun auch „bürgerliche Demokratie als Durchgangsstadium zur ganzen Staatsmacht?“

Es ist aber für diese ganze kommunistische Kritik charakteristisch, daß die faschistische Staatsmacht, ihr Herrschaftsapparat und ihre brutale Verankerung, hinter einem Nebel verschwindet. Wenn politisch gesprochen wird, so wird vor den kommunistischen Arbeitern nicht der faschistische Herrschaftsapparat als der zu bekämpfende Gegner aufgezeigt, sondern die Sozialdemokratie. Es ist ein Taschenspielerkunststück. Wenn die kommunistischen Arbeiter politisch gegen die Sozialdemokratie als gegen den Hauptfeind gerichtet werden, so brauchen sie sich über die Stärke des faschistischen Staatsapparates keine Gedanken zu machen — und auch nicht darüber, ob nicht der schäbigste und reaktionärste demokratische Apparat bessere Kampfbedingungen geboten habe! Nun wird aber auch der kommunistische Arbeiter, der die Theorie vom Sozialfaschismus glaubt, die Frage stellen, wie denn nun aus dem Sieg über Sozialdemokraten, Trotzkisten und Brandleristen der Sieg über den Faschismus werde. Darauf gibt der kommunistische Kritiker eine ganz charakteristische Antwort:

„Noch im Prozeß des Kampfes um die Macht reißen die Arbeiter und Arbeiterinnen alle Betriebe, Fabriken, Gutshöfe, alle Kommandohöhen von Wirtschaft, Verkehr und Transport, Postwesen, Bankwesen usw. an sich ... Erst wenn die Arbeiterklasse mit Gewalt Fabriken, Gutshöfe und Banken an sich gerissen, wenn sie die politische Macht erobert haben ...“

Die Einzelheiten der Taktik des revolutionären Kampfes lassen sich nicht im voraus bestimmen. Erkennbar und aus den gegebenen Bedingungen ableitbar ist, daß Massenstreik und Aufstand die Waffen sein werden, ebenso ableitbar ist, daß das Ziel des Kampfes der Sturz der Despotie, die Eroberung der ganzen Staatsmacht für die Arbeiterklasse ist. Mit aller Schärfe hat das Prager Manifest den politischen Charakter des Kampfes herausgearbeitet: aus den unabweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterschaft ergibt sich die Forderung nach politischen Rechten — jeder Streik wird zur politischen Rebellion — der notwendige innere Zusammenhang aller Kämpfe mit dem Ziel des Sturzes der Diktatur muß den Kämpfenden zum Bewußtsein gebracht werden. Der kommunistische Kritiker jedoch sieht mit den Augen eines Syndikalisten, er empfiehlt Fabrikbesetzung, Bankenbesetzung, die unmittelbare Aktion gegen die Kapitalisten, hinter der die Aktion gegen das faschistische Herrschaftssystem verschwindet. Hier tritt in der kommunistischen Kritik ein gänzlich unmarxistisches gefährliches Element der politischen Unklarheit zutage, geeignet, die Arbeiterklasse vom zielbewußten

Kampf um die Macht, vom Kampf gegen die faschistische Staatsmacht abzulenken.

Die Konzeption des Prager Manifests ist politisch. Die revolutionären Massen des Proletariats erobern die Staatsmacht, sie schaffen eine revolutionäre Regierung, die nun den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der revolutionären Massen verwandelt, und dies Herrschaftsinstrument zur Zerschlagung der politischen und vor allem der sozialen Machtpositionen der Gegenrevolution anwendet. Wie Massenaktionen und revolutionäre Regierung dabei zusammenspielen, erörtert das Manifest nicht — weil es zwecklos erscheint, darüber spekulative Aussagen zu machen. Aber die zentrale politische Zielsetzung ist ganz klar. Der kommunistische Kritiker hat sie heillos verfälscht. Er reißt aus dem Abschnitt III des Manifests „Die Ausübung der Macht" einige Punkte heraus. Wie dies geschieht, um der Behauptung gerecht zu werden, daß die Sozialdemokratie zurück zum Staat von Weimar wolle, geht aus folgendem hervor: Das Prager Manifest stellt die Aufgabe, den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln. Es zählt dreizehn Einzelmaßnahmen auf politischem Gebiete auf und fährt dann fort:

„Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert: Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Ueberführung der Forste in Reichseigentum und Reichsverwaltung, Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel. Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie. Uebernahme der Reichsbank in den Besitz und die Verwaltung des Reiches. Vergesellschaftung und Uebernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen. Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen."

Der kommunistische Kritiker verschweigt glatt den Kern dieses Abschnittes III, die sofortige entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Banken. Er reißt einen Satz aus den dreizehn Einzelforderungen heraus, einen anderen aus dem eben zitierten Absatz, und das sieht dann so aus:

„Volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Unterschied . . . . Nach Sicherung der Macht beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen."

Nach dieser traurigen Leistung fährt er dann triumphierend fort: „Da haben wir den ganzen alten Weimarer Salat." Das Wesen des „ganzen alten Weimarer Salats" bestand darin, daß man den revolutionären Prozeß vorzeitig durch eine Verfassung abgeschnitten hat, daß

man nicht im revolutionären Prozeß den kapitalistischen Mächten die Herrschaft über die entscheidenden Produktionsmittel weggerissen hat, sondern daß man eine demokratische Verfassung gründete auf dem Fortbestand der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Der Abschnitt III des Prager Manifests enthält eine entscheidende Absage an die Politik der Sozialdemokratie von 1918, er will erst die sozialen Grundlagen wirklicher Demokratie im revolutionären Prozeß geschaffen wissen, damit dann erst auf veränderten gesellschaftlichen Machtverhältnissen eine wirklich demokratische Staatsform aufgebaut werden kann. Es war dem kommunistischen Kritiker unmöglich, seine Behauptung aus dem Manifest zu beweisen, darum hat er zur Fälschung gegriffen. Das beweist allerdings auch etwas — nämlich die Verlegenheit um gute Gründe zur Aufrechterhaltung der Spaltungspolitik!

Die Unterschlagung des Kerns des Abschnittes III durch den kommunistischen Kritiker hat für ihn weitere Konsequenzen. Weil er ihn unterschlagen hat, muß er notwendig aus dem Abschnitt IV des Manifests über die Revolution der Wirtschaft ein Zerrbild machen. Er stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er behauptet, die ganze Revolution der Wirtschaft nach dem Prager Manifest bestehe in der Schaffung einer in der Luft hängenden Planstelle, die Sozialisierungspläne mache, was lediglich auf Massenbetrug hinauslaufe. In Wahrheit weist das Manifest die entscheidenden Handlungen zur Revolution der Wirtschaft dem revolutionären Prozeß zu, während die Planstelle erst nach der Eroberung der „Kommandohöhen der Wirtschaft" eintritt. Aus der ersten Fälschung des kommunistischen Kritikers ist die zweite geboren worden.

Er wirft weiter dem Manifest vor, daß es verstaatlichen wolle. Verstaatlichen aber könne auch ein kapitalistisches Regime. Das kommunistische Programm dagegen spreche davon, daß die Betriebe in die Hand der Arbeiter und Angestellten gehören. Indem die Sozialdemokratie kapitalistische Staatsbetriebe sozialistischen gleichsetze, fälsche sie den Marxismus. Gehen wir von der Behauptung zu den Tatsachen. In Sowjetrußland sind die Betriebe nicht in der Hand der Arbeiter und Angestellten, sondern in der Hand der Staatsmacht, und die Staatsmacht ist in der Hand der herrschenden Partei, wobei wir nicht erörtern, wer in der Partei herrscht. Das Prager Manifest will die Staatsmacht in die Hand der Arbeiter und Angestellten geben und die Betriebe in die Hand dieser Staatsmacht. Deshalb spricht es auch nicht von Verstaatlichung, sondern von Vergesellschaftung. Wenn es die Staatsmacht in der Hand der Arbeiterklasse wissen will und die Betriebe in der Hand der staatlichen Klassenmacht der Arbeiterschaft — wieso setzt es dann kapitalistische und sozialistische Staatsbetriebe gleich und fälscht damit den Marxismus?

Wir haben allerdings vom Prozeß der Revolution der Wirtschaft andere Vorstellungen als der kommunistische Kritiker. Seine Methode ist die der Fabrikbesetzung. Sie folgt genau dem syndikalistischen Rezept, wie überhaupt dieser Kritiker nicht aus syndikalistischen

Gedankengängen herauskommt. Wie der Syndikalismus die Vereinigung von Anarchismus und Gewerkschaftsbewegung, so sind die Vorstellungen dieses Kritikers eine Vereinigung von Anarchismus und Rätesystem. Nach syndikalistischer Anschauung erfolgt die Expropriation der Kapitalisten durch die „direkte Aktion", und dann übernimmt das Syndikat die Organisation der Produktion und Konsumtion. Nach den Anschauungen des Kritikers erfolgt die Expropriation durch die Fabrikbesetzung, dann übernehmen die Räte die Organisation. Wie der Syndikalismus bis zum Extrem die Unabhängigkeit von politischen Parteien verficht, so gelingt es diesem kommunistischen Kritiker niemals, die Rolle seiner Partei oder der Staatsmacht dabei klar zu zeichnen — weil er glaubt, daß die „direkte Aktion" die Staatsmacht einfach in blaue Luft auflöse! Die Befolgung dieses Rezepts müßte — wenn die Fabrikbesetzung sich nicht zuvor den Schädel an der Mauer der faschistischen Staatsmacht einrennen würde — zu Zuständen führen, die dem russischen Kriegskommunismus ähnlich sein würden. Das heißt, daß die Wirtschaft aufhören würde. Wir beabsichtigen allerdings nicht, Fehler zu wiederholen, die die russische kommunistische Partei eingesehen und korrigiert hat. Ihr Weg ging vom Kriegskommunismus über die neue ökonomische Politik zur Stalinschen Planwirtschaft. (Verstaatlichung und Organisation.) Wir lernen auch sonst aus den russischen Erfahrungen! Deshalb heißt es im Prager Manifest:

„Die Neuordnung und Kontrolle der Produktion hebt die Bedeutung der Arbeit der technischen leitenden Angestellten. Der Betrieb bedarf auch in der sozialistischen Wirtschaft einer gegliederten qualifizierten Leitung. Die Loslösung dieser leitenden Organe aus der kapitalistischen Herrschaft, ihre Verwandlung in Funktionäre der Gemeinschaft gibt ihrer Arbeit neuen Inhalt."

Diese Sätze geben dem Kritiker Anlaß zu der Behauptung, daß Krupp, Thyssen und Co. und die Herren Generaldirektoren mit 120.000 bis 400.000 Mark Jahresgehalt bleiben sollen. Dazu deklamiert er:

„Wie die Sozialdemokratie in beleidigender Form die Arbeiter als unfähige Trottel hinstellt, die keinen Betrieb und keinen Wirtschaftszweig lenken und leiten können, und wie sie damit den Marxismus lästert, geht aus dieser Formulierung deutlich hervor."

Wir beziehen uns auf die russischen Erfahrungen. Wir erinnern uns an den Schrei nach den „Spezen", an die viele Jahre dauernde Kalamität, geeignete technische und kaufmännische Leiter zu finden, an den Import von Ingenieuren und Betriebsleitern, an den Dauerkampf um die innere Verfassung der russischen Fabrik, an die Ausschaltung der Gewerkschaften und der Zellen, bis schließlich Stalins Machtwort die absolute Befehlsgewalt der Direktoren wieder einführte. Was war dies alles? Nichts als das opferreiche Hineinwachsen in die Erkenntnis: „Der Betrieb bedarf auch in der sozialistischen Wirtschaft einer gegliederten, qualifizierten Leitung."

Man kann im übrigen aus dem modernen Betrieb den Angestellten nicht hinwegnehmen, und es ist sehr töricht, wenn der kommunistische Kritiker an die Gefühle der Arbeiter gegen die Angestellten appelliert.

Will er denn wirklich die leitenden Angestellten, die Ingenieure, die Konstrukteure, die Zeichner, die Kakulatoren durch Arbeiter ersetzen? Auch die sozialistische Wirtschaft bedarf dieser leitenden Angestellten. Das Prager Manifest will ihnen zeigen, daß die Revolution auch in ihrem Interesse liegt, daß sie notwendig und nützlich sind, und daß es würdiger ist, für die Gemeinschaft zu arbeiten als für den Profit der Großkapitalisten als Fronknechte über die Arbeiter. Das soll eine Beleidigung der Arbeiter und eine Lästerung des Marxismus sein? Vielmehr erscheint es uns, daß der Kritiker sehr ernsthaft gegen einige wichtige Punkte der Stalinschen Generallinie lästert.

Der Kritiker faßt sein Gesamturteil zusammen in die Sätze:

„Wie wäre es mit einem „kleinen Revolutiönchen“, ihr Herren von Stahl und Eisen. Die Sozialdemokratie bietet sich an. Es soll nichts dabei passieren, was unangenehm sein könnte, nur ein bißchen „Ordnung“ will sie schaffen. Zörrgiebel, Noske, Wels und Tarnow leben noch, ihre großen Erfahrungen kann man verwerten.“

Das Prager Manifest wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse um der Frage der Ausnutzung noch nicht errungener Siege willen. Diese kommunistische Stimme zeigt, daß diese Selbstzerfleischung betrieben wird nicht nur um Formelkram, nicht nur um orthodoxer Forderungen willen, sondern auch aus einer Apparatgesinnung heraus, die sich der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstellt um des Monopolanspruches eines Apparates willen!

Gegen Argumente des Konservativismus!

Von Willi Müller.

Die Diskussion der Schrift „Neu beginnen“ hat auch in der Emigration breiten Umfang angenommen. Ohne einer zusammenfassenden Antikritik vorzugreifen, sollen einige Randbemerkungen über gewisse gemeinsame Irrtümer der Kritiker hier vorweggenommen werden. Vielleicht läßt sich dadurch die weitere Diskussion fruchtbarer gestalten. Die Irrtümer, von denen die Rede sein soll, begleiteten die Wortführer der alten Arbeiterbewegung auch ins Exil. Gerade sie waren es, die sehr wesentlich zur Vernichtung der alten Bewegung beitrugen. Es ist erstaunlich, wie hartnäckig sie sich auch heute erhalten, wo schon die eigene Emigrationssituation zur Neuorientierung drängt, um so erstaunlicher, als die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Zeit nicht den Milesschen Gegnern, sondern in einigen Grundfragen sichtbar Miles rechtgegeben hat. Wenn das Unvermögen der Wortführer der verschiedenen Richtungen der alten Arbeiterbewegung sich auch mit der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, eines der wenigen Ueberlebsel der alten Bewegung sein soll, so gäbe das keine hoffnungsvolle Perspektive für die Wirkung des Beitrages dieser Wortführer zur not-

wendigen Erneuerung der Gesamtbewegung. Die Epoche, die mit dem Sieg des italienischen Faschismus begonnen, könnte allzu leicht eine Epoche des faschistischen Europas werden. Die Aufgabe der geretteten Reste der deutschen Arbeiterbewegung in der Emigration ist es aber, alles das zur Lokalisierung des Unglücks auf Deutschland, Oesterreich und Italien beizutragen, was ihren bescheidenen Kräften entspricht.

Die hartnäckigsten Irrtümer scheinen uns erhalten in der Frage der Einschätzung der Spontaneität, der Rolle der organisierten revolutionären Kräfte in dieser Epoche. Sie sind allerdings nur der prägnanteste Ausdruck einer bisher starr festgehaltenen Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Grundkräfte. Mag der Ausgangspunkt der Milesschen Kritiker noch so verschieden sein, in einem zentralen Vorwurf finden sich gegen ihn die Antipoden zusammen: gegen seinen vermeintlichen „Defaitismus", gegen die angebliche Milessche „Verleumdung der Massen", wie Kominternkritiker sich ausdrücken, gegen die „trostlosen Perspektiven", die dem angeblichen Versuche entspringen, von einer „zu eng begrenzten Erfahrung her die Geschichte zu beurteilen", wie Kautsky sagt. Nur in der Sprache und der Heftigkeit des Vorwurfs verschieden, erscheint dieses Argument; wir wollen es das Spontaneitätsargument nennen. Es ist im Grunde nur eine Variation des Konservativismus der alten, geschichtlich überlebten Formen der Bewegung in ihren bisherigen Haupt- und Splitterrichtungen, es ist ein Argument dieses ihres Konservativismus! Auf die einfachste Formel gebracht und in seinem einfachsten Ausdruck besagt es ja nichts anderes als: wir brauchen nicht neu zu beginnen, eine grundlegende Neueinschätzung ist unnötig, alles verläuft so, wie wir es immer gesagt haben und wie es bisher verlaufen ist. Vielleicht ein wenig anders, geben führende Sozialdemokraten zu, von denen wir die kritischen Auffassungen ihres Wortführers Kautsky, der den Konservativismus am klarsten zum Ausdruck bringt, kurz untersuchen wollen. Haarscharf, wie sie es vorausgesagt, versichern die Kommunisten auf den Kongressen ihrer Bürokratie.

•

Hören wir zunächst die Kommunisten. Sie halten sich für die Revolutionäre, aber sie sind die Unbelehrbarsten, die Konservativsten. Es fällt nicht schwer, ihre in den letzten Monaten gesteigerte Spontaneitätsgläubigkeit als krassesten Ausdruck ihres Unvermögens, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, festzustellen. Sie wächst im gleichen Verhältnis, in dem die durch die Vernichtung der besonders in Deutschland aufopfernd kämpfenden kommunistischen Arbeiter schwindende gesellschaftliche Basis ihres Einflusses und damit die zunehmende Bedeutungslosigkeit der Komintern sichtbar wird. Sie hängt aufs innigste zusammen mit dem vollständigen Verlust jeder, auch der bescheidensten kritischen Einsicht über die eigene Rolle in der Gesellschaft, besonders was Deutschland betrifft. Der Leser etwa der Berichte des letzten Ekki-Plenums, auf dem der deutsche Vertreter Wilhelm Pieck auch gegen die Miles-Broschüre losgedonnert, findet dort die Sprache von Generälen,

die zwar vom Gegner vollkommen vernichtet wurden, die eigene Armee mit Mann und Maus verloren, aber in ihren Tagesbefehlen gespenstisch die vernichteten Brigaden weiter vormarschieren lassen, nur noch durch ein tückisches Hindernis im eigenen Lager am baldigen Endsieg gehindert. Ueberflüssig zu sagen. daß dieses Hindernis die Sozialdemokratie ist; die „Hauptstütze der Bourgeoisie" bleibt sie, auch wo sie niedergeknüppelt ist, und der schlimmste Feind sind jene kämpferischen Scharen, die Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern um die Gewinnung einer neuen Grundlage und Orientierung der sozialistischen Bewegung unter unsagbaren Schwierigkeiten kämpfen.

Soweit es gelingt, im Paroxismus der Komintern-Angriffe gegen „Neu beginnen" ein politisches Argument herauszuschälen, ist es a u c h h i e r d a s S p o n t a n e i t ä t s a r g u m e n t. Allerdings gerade gegen den Vorwurf der Ueberschätzung der revolutionären Spontaneität wehren sich die sozusagen theoretischen Wortführer der Komintern verzweifelt. Schon die einfache Feststellung, daß die bloße Existenz der Komintern und ihrer verhängnisvollen Irrtümer in den letzten vierzehn Jahren ohne Spontaneitätsgläubigkeit unerklärlich sind, trägt Miles den Vorwurf des „Gaunertricks" ein. Die Kommunisten zitieren Lenin, schwören auf Lenin, Lenin sagte schon 1902 in der Vorbereitung der russischen bürgerlichen Revolution, daß die dort vorhandene bürgerlich revolutionäre Spontaneität der Massen nicht ausreichen würde, um die bürgerliche Herrschaft zu stürzen, daß es dazu noch des geschichtsbewußten Organisators der Kräfte, der revolutionären Partei, bedürfte, — welche „Fälschung" also, den Kommunisten blinden Spontaneitätsglauben vorzuwerfen! Miles hat darauf hingewiesen, daß Lenins falsche Beurteilung der Lage in Westeuropa im wesentlichen auf der falschen Erwartung einer proletarisch revolutionären Spontaneität in jenen Ländern bestand, wo die bürgerliche Revolution abgeschlossen. Daß Lenin in diesem Irrtum befangen war, ist verständlich aus dem Charakter der Oktoberrevolution, in der zwar die entscheidenden Triebkräfte dem bürgerlich revolutionären Prozeß entsprangen, aber die durch ihn hervorgerufene Massenspontaneität einen Organisator in den Bolschewiki fand, dem es gelang, die Grundlagen für eine Entwicklung über die bürgerliche Revolution hinaus zu legen und die Staatsmacht für das Proletariat zu erobern. Daß aus diesem Irrtum die Komintern entstand, war verhängnisvoll, wie die Geschichte seither zeigt. Die Gründung dieser Organisation hatte nur dann einen Sinn, wenn das Proletariat in einer breiten spontanen revolutionären Bewegung nur noch des rasch zusammengefaßten Organisators für seine letzten Entscheidungskämpfe bedurft hätte. Seit 1919 erwarten auch die Kommunisten immer wieder das Eintreten dieser Spontaneität, sie sehen als einziges Hindernis die Sozialdemokraten. Nach dem Abflauen der spontanen revolutionären Bewegungen der Umsturzjahre ist allerdings eine neue Spontaneität aufgetreten. Die Kommunisten haben sie nicht gesehen und nicht begriffen, es war die, die die faschistischen Parteien nach oben trug. Die kommunistischen Parteien, ihrerseits die Ohnmacht der Gesamtbewegung verstär-

kend im Konkurrenzkampf gegen alle anderen Arbeiterorganisationen, die nicht auf ihr Dogma schworen, wurden vernichtet. Aber heute wieder, nach der Vernichtung in Italien und Deutschland usw., wuchert in den Reihen ihrer Reste üppig die Spontaneitätsgläubigkeit, den alten Erinnerungen der bürgerlichen Revolutionsära entsprechend.

Die Feststellung Miles', daß die Massen gegen alle Erwartungen der Spontaneitätsgläubigen in der Krise in hellen Haufen zum Faschismus übergelaufen sind, wird in ihren Köpfen zu einer „Verleumdung der Massen", die epochale Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, nicht zuletzt den kommunistischen Irrtümern, ihrem mangelnden Geschichtsbewußtsein, ihrer Selbsttäuschung, ihrem Spontaneitätsglauben verdankt, erscheint in ihren Köpfen nur „ein vorübergehender Rückzug"! Drohende Anzeichen einer weiteren Vernichtung der alten Arbeiterbewegung wird zum Fatalismus der „Sozialfaschisten", die wir sind, weil wir den kommunistischen Spontaneitätsglauben nicht teilen. „Wie ein roter Faden zieht sich durch alle linken Schriften die Theorie, daß der Faschismus in der ganzen Welt unvermeidlich, Verhängnis, Schicksal." In der vollständigen Verständnislosigkeit für unsere Kritik dieses Spontaneitätsglaubens, die wie jede von der Wirklichkeit ausgehende Beurteilung nichts zu tun hat mit Pessimismus oder Optimismus, mit Defaitismus oder gläubigen Wunschphantasien, ernennt uns das schlechte Gewissen der Kominterntheoretiker zu „Noskeprogrammatikern, Giftmischern und Nattern, halbfaschistischen Elementen, linken sozialfaschistischen Kanaillen". Dies nur eine kleine Auswahl der Bezeichnungen für eine Schar von kämpfenden Sozialisten, die weder durch den Terror noch durch die Dogmen des Konservatismus im eigenen Lager einzuschüchtern sind.

Der „Sinn dieser ganzen Niederlageneinstellung läuft immer auf das eine hinaus", sagt Karolski*), der Wortführer der Miles-Kritik der Komintern in einem 40-Seitenartikel der K. I., „alles ist vergeblich, der Kampf ist sinnlos, wir gehen zugrunde, der Untergang Europas naht..." Der Sinn des Kampfrufes um „Neu beginnen" läuft auf das Gegenteil hinaus. Jedoch ist die Voraussetzung einer Abwehr des Untergangs die Umkehr. Gerade das hat Miles unterstrichen, und so „verleumdet" er nicht nur die Massen, er „verleumdet" auch „ihre Partei, ihren Generalstab"! Das ist alles, was die Kominterntheorie zu sagen weiß, und so bestätigt sie die Milessche Kritik in voller Eindringlichkeit.

Im Osten leider nichts Neues!

Mit einer Ausrüstung für den Aequator dürfte eine Expedition ins Polareis dort vermutlich bald den Untergang finden. Mit einer Ausrüstung für eine eingebildete Welt mit den Spontaneitätserwartungen der vergangenen Epoche der bürgerlichen Revolutionen droht nicht nur die Komintern, droht die gesamte Arbeiterbewegung in der neuen geschichtlichen Situation vernichtet zu werden.

*

---

*) A. Karolski: „Die SPD. nach der Machtergreifung Hitlers": Die Kommunistische Internationale 1934. Heft 1. S. 28—69.

Diese Ausrüstung finden wir bei der Lektüre der Miles-Kritik noch immer auch im Gepäck der Karolskischen Antipoden. Leider auch im Westen nichts Neues! Karolski schäumt über die „wortwörtliche Wiederholung des Geschwätzes Kautskys, der alles den Massen und den Kommunisten in die Schuhe schiebt“ bei Miles. Aber Karolskis Scharfblick irrt auch hier. In Wirklichkeit verhält es sich gerade umgekehrt. Kautsky springt Karolski bei, ohne es zu wollen natürlich und nicht im Geiste der fraktionellen dogmatischen Rechthaberei, sogar mit einem gewissen Wohlwollen für das, was er in „Neu beginnen“ trotz aller Kritik des theoretischen Ausgangspunktes für einen mutigen Erneuerungsschritt ansieht, trotz der „faschistischen Kuckuckseier“, die Miles ins Nest der Sozialdemokratie angeblich unversehentlich gelegt. Nicht weniger eindeutig ist das Kernstück auch der Kautskyschen Kritik, das Argument seiner Antipoden, das Spontaneitätsargument. Nur daß Kautsky sich bewußt zu ihm bekennt.

Auch Kautsky erhebt sich gegen den Defaitismus, auch nach Kautsky droht keine Vernichtung der Arbeiterbewegung, gibt es kein geschichtliches Versagen der Arbeiterklasse, auch nach Kautsky hat jene Schule der Sozialistischen Bewegung, die er und seine Schüler repräsentieren, nicht versagt, auch für Kautsky ist „eine lokale und zeitlich relativ eng begrenzte Erfahrung“, im Grunde nur die des letzten Jahrzehnts, was den vermeintlichen Milesschen Irrtümern zugrunde liege.

Ein vorübergehender Rückzug, sagte Karolski; „eine vorübergehende Ablenkung der Massen vom sozialdemokratischen Denken“, sekundiert Kautsky. Eine neue revolutionäre Welle ist da, die Komintern im Felde unbesiegt, erklären die Karolski, und Kautsky versichert ähnliches für die Sozialdemokratie, wenn er nachzuweisen versucht, daß zwar vorübergehend die deutschen Arbeiter geschlagen sind, aber die französischen und englischen zum Sozialismus kommen.... Sozialfaschistische Kanaillen, die die Massen verleumden und den Untergang Europas in ihre Niederlagenperspektive als unvermeidliches Schicksal aufnehmen, so schätzen uns die Karolski ein, „eine trostlose Aussicht“, so erscheint Kautsky die Milessche Perspektive, „was wollte gegenüber dieser allgemeinen Unfähigkeit (der Gesamtbewegung) der Notschrei eines kleinen Kreises vermögen?“, so redet uns Kautsky väterlich zu.*)

Wie wir sehen, Uebereinstimmung fast bis ins Wort, wenn auch nicht im gleichen Geiste. Aber — vom Boden einer gemeinsamen falschen Konzeption aus.

Kautsky ist Historiker. Deshalb soll sein Hauptargument ein „historisches“ sein. Nur — der Historiker dürfte wirklich nicht von einer zeitlich „relativ eng begrenzten Erfahrung“ ausgehen. Kautsky hat den Vorwurf Miles gemacht. Mit viel mehr Recht könnte Miles antworten: „Es ist

*) Karl Kautsky: „Eine Diskussionsgrundlage.“ „Zeitschrift für Soz.“, Dez. 1923.

gerade Kautsky, der in seinen tröstlichen Erörterungen von der Erfahrung kurzer, vorübergehender Jahre verharrt, in denen die Arbeiterklassen der früheren Militärmonarchien der Zentralmächte nach der Vollendung der bürgerlichen und der nationalen Revolutionen auf ihrem Gebiete Positionen in den Schoß fielen, die sie der bürgerlich-revolutionären Spontaneität verdanken, die sie nicht zu erhalten und zu erweitern vermochten wie die Bolschewiki. Positionen, die immer noch Aufmarschgelände und Stützpunkte für den Kampf um den Sozialismus hätten sein können, wenn eine sozialistische Partei mit wirklichem Geschichtsbewußtsein sie in die Hand bekommen und zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft ausgenutzt hätte. Daß es diese Partei nicht gab, daß die einen wie die anderen auf die Fortdauer spontaner Massenbewegungen gesetzt haben, das — auf eine Formel gebracht — führte zum Untergang. Träumten die Kommunisten von neuen revolutionären Aufschwüngen, so träumten die von Kautsky theoretisch am stärksten beeinflußten deutschen Sozialdemokraten vom stetigen Wachstum des sozialistischen Bewußtseins, denn nichts anderes lag ja den reformistischen Illusionen über das schrittweise Hineinwachsen in den Sozialismus zugrunde. So träumten sie beide und so träumen sie heute weiter, jeder in seiner Art.

Auch heute noch — wie gesagt — hat Kautsky dafür das historische Argument. Der deutsche Zusammenbruch ist ihm nur ein aus der spezifischen deutschen Geschichte verständliches Intermezzo, eine „zeitlich und lokal relativ eng begrenzte Erfahrung". In Wirklichkeit ist aber die Geschichte der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern gerade der Beweis für das Gegenteil der Kautskyschen Einschätzung. Gerade die Erfahrung in dieser ganzen Epoche nach der Vollendung der bürgerlichen Revolutionen im Westen zeigt, daß die Arbeiter — nicht zum Sozialismus kommen, wenn sie auf spontane revolutionäre Bewegung warten und vom Hineinwachsen in den Sozialismus träumen. Vielmehr hat die spontane „antikapitalistische" Bewegung, in Italien beginnend, vorläufig in Oesterreich endend, zunächst fast ein Drittel der europäischen Bevölkerung zu Faschismus getrieben und droht die größere Hälfte Europas dorthin zu führen. Trotz des besten Willens waren die alten Arbeiterorganisationen mit ihrem Geschichtsbewußtsein außerstande, dies zu verhindern. Erst zuletzt noch hat die österreichische Sozialdemokratie ihre unhaltbar gewordene Festung, heldenmütig kämpfend, in die Luft gesprengt.

Weder in Frankreich noch in England hat bisher der Faschismus gesiegt, aber es wird niemanden mehr geben, der es heute noch für ausgeschlossen hält, wenn er ernsthaft die Grundlagen prüft. In diesen berühmten „alten Demokratien" ist aber die „Erfahrung" nach der bürgerlichen Revolution viel älter als die in Deutschland, wo sie sich auf ein Jahrzehnt beschränkt. Und in diesen Ländern sind nicht nur die großen spontanen proletarischen Bewegungen, die ihre Triebkraft aus dem bürgerlich-revolutionären Prozeß nahmen abgeebbt, sind seit dem Chartismus in England und in den sechs letzten Jahrzehnten in Frankreich nicht mehr aufgetreten, die Arbeiterbewegung ist in die Breite

gewachsen, aber nicht in revolutionärer Kraft. Ob sie sich stark genug erweisen wird, ohne Neuorientierung den Anstürmen der faschistischen Wellen zu trotzen, noch in dieser Krise oder in der nächsten, wird die Zukunft zeigen. Daß sie nicht stark genug war, zum Sozialismus zu führen, hat die Vergangenheit erwiesen.

Für Kautsky allerdings stellt sich die Entwicklung anders dar. Nach seiner Meinung waren zwar die deutschen Arbeiter (zuletzt vor allem durch die übermäßige Beschäftigung mit der Tagespolitik seit 1918!) verhindert, zum Sozialismus zu kommen, „aber die englischen Arbeiter sind gekommen, die französischen Arbeiter haben den Proudhonismus überwunden“ usw. Nach Kautskys Meinung haben sie sich bereits zum Sozialismus entwickelt. (Nach seiner und der Meinung seiner meisten Schüler galt dies übrigens noch mehr für die SPD. vor dem Zusammenbruch.) Die Wirklichkeit zeigt allerdings, daß sich „die englischen und französischen Arbeiter“ nicht zum Sozialismus entwickelt haben. Sie zeigt vielmehr, daß von den Millionen des englischen Proletariats höchstens eine Viertelmillion sich bis zur Erkenntnisstufe des Durchschnittsmitgliedes der Labour Party in allen ihren Schwankungen entwickelte. einige Tausend englische Arbeiter in Sekten zersplittert sind und mehrere Millionen, die trade-unionistische Auffassungen teilen, wie man also befürchten muß: eine Stufe des Geschichtsbewußtseins nicht überschritten haben, die nicht nur nicht ausreichte, in der englischen Gesellschaft den Sozialismus zu erobern, sondern heute — mag das vor kurzer Zeit noch unvorstellbar gewesen sein — von der Vernichtung durch den Faschismus bedroht erscheinen. In Frankreich finden wir 63 Jahre nach der Kommune wenige zehntausend Mitglieder einer von inneren Krisen geschüttelten sozialistischen Partei, noch wenigere, ohnmächtigere Mitglieder der Kominternsektion, gespaltene und schwache Gewerkschaften. Die Ereignisse in Paris und Frankreich in diesen Februartagen zeigen auch hier das rapide Anwachsen gesellschaftlich-reaktionärer Strömungen. Auf die vorfaschistische Explosion hat zwar der Generalstreik geantwortet, aber das neue Kräftegleichgewicht in der dritten Republik stabilisiert sich nicht zugunsten der Positionen der Arbeiter. Trotz der demokratisch-republikanischen Tradition Frankreichs erscheint heute für jeden Einsichtigen auch diese letzte starke Bastion der bürgerlichen Demokratie auf dem Kontinent und damit auch die Existenz der dortigen Arbeiterbewegung in der heutigen Form unmittelbar bedroht. Gar nicht zu sprechen von Italien, Deutschland, vom Osten und Südosten Europas und — Oesterreich!

Hoffnungslose Perspektiven? Hoffnungslos nur für den, der den Ausweg in Illusionen und Wünschen sieht, der den Kampf auf falschen Voraussetzungen aufbaut und nicht auf dem Boden der Wirklichkeit sucht, und vor allem für den, der mit dem Argument gegen Defaitismus und Fatalismus erst wirklich dem unmarxistischen Fatalismus, dem Sozialismus der Unterschätzung oder der völligen Verkennung der Bedeutung des „subjektiven Faktors“ das Wort redet.

Was dieser subjektive Faktor ist, das kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht behandelt werden. Hier kann nur gesagt werden, was er nicht ist, und wo bei unseren Kritiken auch hier die Irrtümer liegen.

Die Kommunisten haben mit dem leidenschaftlichsten Willen, dieser „subjektive Faktor“ zu sein, durch die Tat ihr Unverständnis dafür, was es wirklich sein müßte, erwiesen. Kautsky und die Kautskyschüler — das zeigt auch Kautskys Miles-Kritik, — nicht weniger in einer vollständig falschen Einschätzung des Charakters der in Deutschland vernichteten Sozialdemokratie. Kautsky bestreitet heute noch die Richtigkeit der Feststellung des im Grunde bürgerlichen Charakters im Durchschnitt des Denkens der Vorkriegssozialdemokratie. Auch dies bestreitet er gegen die offenkundigen geschichtlichen Tatsachen. Wenn Kautsky fragt, ob die Sozialdemokratie, wie Miles behaupte, wirklich eine „kapitalistische“ Partei gewesen (Miles nennt sie nicht eine „kapitalistische“ Partei, sondern eine Partei mit bürgerlicher Ideologie und Zielsetzung!), also „auch zur Zeit, wo Marx und Engels lebten“, so antworteten darauf Marx und Engels selbst. Nicht nur in der wiederholten vernichtenden Kritik der bürgerlichen Halbheiten selbst der radikalsten Vertreter der Partei dieser Epoche, sondern vor allem auch in der schonungslosen Kritik der programmatischen Entwürfe dieser Zeit. Marx nannte das Gothaer Programm untauglich; in seiner ausführlichen Kritik, den „Randglossen“ schrieb er über dessen politische Forderungen: „Sie enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volkswehr usw., sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei des Friedens- und Freiheitsbundes.“ Diese Forderungen seien bereits in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw. realisiert. „Diese Sorte Zukunftsstaat ist heutiger Staat.“ Geschrieben 1869!

Das 16 Jahre später geschaffene Erfurter Programm wurde in seinem ersten Entwurf von Engels wegen des „friedfertigen Opportunismus . . . und des frisch, fromm, fröhlich, freien Hineinwachsens . . . der alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft“ in einem Brief an Kautsky abgelehnt. Der zweite Programmentwurf von Kautsky wurde dann zur „Grundlage des Programms, theoretischer Teil“! Das heißt, die politischen Forderungen blieben im wesentlichen die 16 Jahre vorher von Marx mit der Bezeichnung „alte demokratische Litanei“ kritisieren.

Aber selbst dieser theoretische Teil war nicht Gemeingut des Durchschnitts der Partei, sie kannte ihn kaum. In einer Materialsammlung über die Parteitage, wie sie die kleine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor der Jahrhundertwende von Brandis enthält (mit deren Schlüssen wir sonst nicht übereinstimmen), kann sich auch heute jeder rasch ein Bild des Charakters der Partei in dieser Epoche machen. Ganz zu schweigen von der Kriegszeit. Und ganz zu schweigen von jener Nachkriegsperiode unseligen Angedenkens, die für einen großen Teil der führenden Kräfte der Partei bei der freiwilligen Gleichschaltung, bei der Erklärung vom 17. Mai und — der Fall ist symptomatisch für eine ganze Schicht der in Deutschland zurückgebliebenen — dem Paul Löbeschen Interview, veröffentlicht im „Angriff“ vom 14. Feb. 1934, endete.*)

In einem Aufruf des Emigrationsvorstandes der Sozialdemokratie wird der Versuch unternommen, mit einer kurzen programmatischen Erklärung diese Vergangenheit abzustreifen. Auch dieser Aufruf enthält z. B. noch als beruhigendes Versprechen für die Zeit nach der „totalen Revolution“, zu der er sich bekennt, die Ankündigung der Verwirklichung des allgemeinen freien Wahlrechtes durch die befestigte Revolutionsregierung. Darüber ist an anderer Stelle das nötige zu sagen. Daß hier nur ein vollständiges „Neubeginnen“ jene „Elite revolutionärer Marxisten“ entwickeln helfen kann, zu deren Aktion die Emigrationsführung der Sozialdemokratie in dem gleichen Aufruf sich bekennt, daß die Entwicklung solcher Kräfte nicht gelingen wird mit den Spontanitätsauffassungen einer versunkenen Epoche, das spricht dafür, daß die, die alles andere als Defaitisten sind und weder in der Emigration enden, noch mit dem vergangenen und untergehenden Europa versinken, sondern ein Teil der Kraft werden wollen, die das faschistische Europa stürzt und den Sozialismus verwirklicht, dies nicht auf dem Wege des Konservativismus irgend einer der bisher führenden Richtungen, sondern auf dem Wege eines „Neubeginnens“ auch in der Tat erreichen können.

Die revolutionäre Organisation

Von **Fritz Bieligk.**

I.

„Der revolutionäre Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen. Neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern müssen entstehen.“ Mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird die bisherige Organisationsform der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung für die jetzt zu bestehenden Kämpfe für unbrauchbar erklärt. Diese Organisationsform der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung ist in einer mehr als sechs Jahrzehnte umfassenden Entwicklung gewachsen. Auf diesem langen Wege hatte sie nicht nur eine große Anzahl Zweige angesetzt, mit denen immer weitere Schichten der proletarischen Klasse erfaßt wurden, sondern war auch dem Beharrungsgesetz verfallen. Die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands kennt viele erfolgreiche Gefechte mit dem Klassengegner. Auch wer schon früher gewünscht hat, daß sie ihre Organisationsform den sich im letzten Jahrzehnt entscheidend verändernden Bedingungen des Klassenkampfes anpaßt, wird zugeben, daß die jetzt geschlagene Organisation in einer langen Zeit der nun abgeschlossenen Periode ihrem Zweck entsprochen hat.

---

*) Mag in diesem Interview der Wortlaut bestritten werden, den in Deutschland arbeitenden Sozialdemokraten ist die Abfindung Paul Löbes mit dem Nationalsozialismus bekannt und evident.

Wenn jetzt für die sozialistischen Arbeiter das Problem der neuen Organisationsform gestellt ist, so darf dabei wohl die Frage nicht völlig übergangen werden, wieso die gewaltigen Millionenorganisationen der Gewerkschaften, der Partei, der Sportler usw. an einem entscheidenden Wendepunkt der Klassenauseinandersetzungen versagen mußten. Warum kamen die Gewerkschaften, die SPD. und die KPD. nicht zum Kampfe? Warum konnten sie die proletarischen Massen nicht mitreißen, von denen doch noch am 5. März zwölf Millionen sich für den Sozialismus, bezw. Kommunismus entschieden hatten? Diese Frage entsteht nicht aus der Sucht nach Kritik heraus, wohl aber ist die Stellungnahme zu ihr für den Neuaufbau der revolutionären Organisation von Bedeutung. Es bleibt doch eine groteske Erscheinung, daß die zwölf Millionen Wähler, die zuletzt noch mit dem Stimmzettel für die sie aufrufenden proletarischen Parteien votierten, zu keiner Kampfhandlung für die Verteidigung dieser Organisation gebracht werden konnten, oder von selbst dazu kamen.

II.

Mußte diese Tatsache nicht am Ende einer Entwicklung stehen, die aus den einst zu revolutionärem Kampfe, als Instrument einer revolutionären Politik gegründeten Organisationen kolossale Apparate gemacht hatte, die, sofern es sich um die politischen Parteien handelte, beinahe nur in Wahlkämpfen zu einem geräuschvollen Funktionieren gebracht werden konnten, die aber in den Pausen zwischen dem Ringen um die Zusammensetzung der Parlamente nicht für die Entfaltung der Macht der proletarischen Massen verwendet wurden? Viele Jahre hindurch wurde das Verlangen, daß die SPD.-Organisation nicht nur Wahlmaschine zu sein habe, sondern ihre Stärke vor allem in außerparlamentarischen Aktionen erproben und vermehren müsse, als radikale Schwärmerei und Revolutionsspielerei beiseite geschoben. Noch auf dem Parteitag von 1931 wurde ein Antrag, der die Vorbereitung einer gründlichen Reorganisation der SPD. forderte, auf Verlangen des Parteivorstandes von der willigen Mehrheit abgelehnt.

Die einseitige Festlegung der proletarischen Organisation wurde noch gefördert durch innere Entwicklungsgesetze. Mit dem Wachstum der gesamten Arbeiterbewegung war auch der beamtete Apparat groß geworden, der — statt im Dienste der Organisation zu stehen — sie mehr und mehr zu beherrschen begann. Zwar sollte die SPD. ihrem Statut nach eine demokratisch aufgebaute Massenorganisation sein, aber der demokratische Wille, soweit er in ihr überhaupt lebendig wurde, zerbrach an den tatsächlichen Hindernissen und konnte sich nicht durchsetzen. Vor allem als die ökonomische Entwicklung die Basis für die reformistische Politik schwieriger gestaltete, indem sie erst durch die Inflation, dann durch die Rationalisierung und die Herausbildung der Dauerarbeitslosigkeit die Klassengegensätze ungemein verschärfte und den revolutionären Kampf auf die Tagesordnung setzte, offenbarte sich die weit vorgeschrittene Verapparatisierung der sozialdemokratischen

und gewerkschaftlichen Organisation, durch die alles Drängen auf eine grundsätzliche Aenderung der Politik und Taktik niedergeschlagen und der reformistische Kurs weiter gesichert wurde. Theoretische und taktische Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation wurden nicht nur nicht geliebt, sondern unterbunden. Sie wurden nicht mehr als ein Mittel zur Willensbildung der sozialistischen Arbeiter herangezogen, sondern an die Stelle der Willensbildung trat mehr und mehr der Instanzenspruch.

Diese Praxis führte insbesondere in den Jahren seit 1925 zu einer starken Entpolitisierung des ganzen Organisationslebens der SPD. Die Teilnahmslosigkeit der Mitglieder an den politischen Kämpfen wurde dadurch gefördert und vorübergehend schon aktiv tätig gewesene Teile der proletarischen Klasse wieder in die Inaktivität zurückgedrängt. Aber nicht nur die Parteimitglieder wurden dadurch an den Rand der Organisation abgestoßen, es gelang noch viel weniger, die Millionen Wähler mit der Organisation und den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen enger zu verbinden. Im Gegenteil bröckelte die Basis für die Machtentfaltung der proletarischen Klassenorganisation, das Vertrauen der Massen, mehr und mehr ab. Obwohl das Proletariat seit 1913 in Deutschland zahlenmäßig stark gewachsen ist, umfaßte die SPD.-Organisation Ende 1932 noch nicht so viele Mitglieder wie damals; ebenso verminderten sich bei den letzten Wahlgängen die Massen, die ihr folgten. Diese Abkehr wachsender Teile der Arbeiterklasse von den vor der SPD. geführten politischen Kämpfen konnte nicht ersetzt werden durch militärisch aufgezogene Hilfsorganisationen und durch die Propaganda von Symbolen. Es bleibt die Feststellung zu machen übrig, daß nach dieser Entwicklung, in der die SPD. die Anpassung an die veränderte Funktion nicht vollzog, sie dann nicht zu revolutionären Kampfhandlungen kommen konnte, als Kapitalismus und Faschismus ihre Hauptschläge gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Rechte der Arbeiterklasse führten.

III.

Wollte die SPD. eine demokratisch aufgebaute und zentralistisch zusammengefaßte politische Massenorganisation sein, so schwankte die Kommunistische Partei zwischen der Organisation einer „Vorhut der Revolution“ und der Massenpartei hin und her. Sie blieb trotz aller günstigen politischen Umstände, die ihr die sozialdemokratische Politik stets von neuem wieder bereitete, viel schwächer als die SPD. Auch dort, wo die kommunistischen Organisationen die erdenklichsten Anstrengungen machten, die sich von der sozialdemokratischen Bewegung loslösenden Massen aufzufangen, gelang ihnen dies nur zum kleinsten Teil. In vielen Zehntausenden von Fällen versanken einstmals sozialdemokratische aktive politische Kämpfer, nachdem sie in der Hoffnung zur KPD. gestoßen waren, in ihr ihre Kräfte dem proletarischen Massenkampf zur Verfügung stellen zu können, in vollständige politische Apathie. Seit Anfang 1919 sind Millionen Arbeiter den Weg zur KPD. und ihren Hilfsorganisationen gegangen, aber es dürften noch nicht einmal

hunderttausend sein, die sie organisatorisch dauernd zu halten vermocht haben.

Der bolschewistische Charakter der kommunistischen Organisation hat ihre Verapparatisierung stark beschleunigt. Viel ausgeprägter als in der SPD. entschieden in der KPD. die Instanzen. Die Mitglieder hatten an den politischen Entscheidungen nicht mitzuwirken, und jede Kritik an ihnen wurde als schwer zu ahndende Rechts- oder Linksabweichung von der offiziellen Linie der Partei unterdrückt. Der Organisationsapparat der KPD. hatte die Hauptaufgabe, die Parteimitglieder und andere Teile des Proletariats von der Richtigkeit der fabrizierten Formeln und Thesen zu überzeugen, die oft die tatsächlichen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland negierten. Die politische Oede im kommunistischen Organisationsleben sollte dann durch die „bolschewistische Selbstkritik" beseitigt werden, deren Entwicklung und Leitung vom Zentralkomitee der Partei in die Hand genommen wurde, um zu verhindern, daß sie sich in eine revolutionäre Sturzwelle verwandle. Diese Anweisung gab M a n u i l s k i auf dem Plenum des Ekki.

So konnte die kommunistische Organisation kein Instrument sein zur Revolutionierung der Massen. Daß ihre Form sie auch für den revolutionären Massenkampf völlig unfähig machte, das wurde durch die wiederholte Erfahrung erhärtet, daß die Massen die kommunistischen Kampfaufrufe nicht einmal ernst nahmen. Selbst die eigene Parteimitgliedschaft konnte die kommunistische Organisation nicht für die Befolgung ihrer Massenstreikparolen gewinnen; noch weniger die Millionen kommunistischer Wähler. Als das faschistische Regime noch vor dem Reichstagsbrand die ersten schweren Schläge gegen die Arbeiterbewegung austeilte, konnte es damit die Tätigkeit der kommunistischen Organisationen vollständig lahmlegen und die Führung in einen kopf- und ratlosen Zustand versetzten. In den Tagen des Februar und März 1933 hat die KPD. an keinem Ort in Deutschland den Versuch des äußersten Kampfes unternommen, obwohl ihre Organisationen schon eine Periode der Illegalität hinter sich hatten.

Es darf diese geschichtliche Tatsache nicht übersehen werden. Erst nach einer mehrwöchigen Pause gelang es, Reste der kommunistischen Organisation zu sammeln und die illegale Tätigkeit in Gang zu bringen. Inzwischen hatten auch Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter zu arbeiten begonnen. Diese Feststellung ändert nichts daran, daß beide Organisationen an einem historischen Wendepunkt versagt haben und zusammengebrochen sind.

IV.

So stehen die sozialistischen Arbeiter Deutschlands vor der Aufgabe des Neuaufbaues der sozialistischen Klassenorganisation. Sie müssen sie lösen, soll das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe, den Sturz des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus, erfüllen. Auch in seiner gegenwärtigen Herrschaftsform, der Monopole und des faschistischen Terrorregimes, kann der Kapitalismus nur gestürzt werden im revolutionären Massenkampf. Dieser hat zur Voraussetzung d i e

sozialistische Massenorganisation. „Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen.“ Es geht also jetzt nicht um die Reorganisierung der alten Organisation der SPD., KPD. oder einer Splittergruppe, es geht um den Neuaufbau der revolutionären Organisation.

In dem Deutschland des faschistischen Terrors ist nur die faschistische Partei geduldet; jeder Versuch einer anderen Parteigründung ist mit Todesstrafe bedroht. Darum kann sich jedes revolutionäre sozialistische Wirken nur in strengster Illegalität vollziehen. Diese Illegalität verhindert den Aufbau der sozialistischen Massenorganisation. In dieser Periode muß darum in Deutschland der Hauptwert gelegt werden auf die Herausbildung kleinster revolutionärer Gruppen. Sie sind in den Betrieben, bei den Arbeitsämtern, in den faschistischen Massenorganisationen der Deutschen Arbeitsfront, in den Wohnblocks bereits am Werke. Noch zu sehr nebeneinander und oft ohne politische Führung. Es muß der nächste Schritt sein, die Leiter dieser Gruppen wieder in kleinen Gruppen zusammenzufassen und so über den Ort hinaus die Ansätze zu einer, das ganze Reich überziehenden Organisation zu schaffen. Soweit diese Gruppen durch den Einfluß von Ueberresten der Apparate der zusammengebrochenen Organisationen politisch richtungsmäßig auf die alten Parteien festgelegt sind, ist die getrennte Arbeit aus Gründen der Illegalität das gegebene.

V.

Wird auch die neue revolutionäre Organisation aus den revolutionären Kämpfen in Deutschland erstehen müssen, so haben dennoch die in der Emigration lebenden sozialistischen Arbeiter nicht in Passivität zu verharren. Schon bisher geschah manches, das den illegalen Kampf förderte, und es scheint jetzt als Hauptaufgabe im Vordergrund zu stehen, daß vom Ausland her mit allen Kräften dazu beigetragen wird, die aufgeworfenen Probleme des revolutionären Massenkampfes einer theoretischen Klärung zuzuführen. Denn mit der praktischen Erfahrung aller bisherigen Kämpfe des Proletariats um den Sozialismus ist auch ein, mit der Klarheit der marxistischen Theorie arbeitendes Programm die Voraussetzung für die neue Organisation. Durch die in den Gruppen und im Ausland geführte Diskussion muß diese geistige Grundlage geschaffen werden. Diesen Prozeß fördern, bedeutet gleichzeitig, das Werden der neuen revolutionären Partei beschleunigen. Für eine der alten Parteien jetzt den Führungsanspruch erheben, bedeutet das neue Werk hemmen und die Fortdauer der Spaltung begünstigen.

So wenig die Einheit aus dem Zusammenleimen von Apparatresten erwächst, von denen jeder für sich in Anspruch nimmt, daß seine Leistungen in den letzten vierzehn Jahren zu den glanzvollsten gehören, so wenig wird ihr gedient, wenn einzelne Gruppen zu einer der alten Parteien überlaufen. Wenn die Selbstverständigung über die revolutionäre Theorie und Praxis des gegenwärtigen und kommenden Kampfes in Deutschland fortgeschritten ist, dann wird vom Ausland her im engsten Zusammenwirken mit den in Deutschland arbeitenden Gruppen der

Rahmen für die neue Massenorganisation fester umrissen werden können. Diese Verständigung wird dann auch die Möglichkeit eines Kongresses näherrücken, dessen Zusammensetzung nicht durch die früher üblichen Apparatmethoden bestimmt sein darf.

VI.

Es wird hier kein Schema für die neue revolutionäre Organisation entworfen werden. Nur so viel sei gesagt, daß ihre Funktionen von denen der früheren Arbeiterorganisationen sehr verschieden sein werden. Diese neue Partei der revolutionären Arbeiter wird im unmittelbaren Kampf um die Eroberung der politischen Macht und danach im Staate der proletarischen Diktatur wirksam werden müssen. Selbst wenn sich noch eine Zeit der politischen Demokratie einschalten sollte, so muß sie, um einer neuerlichen Niederlage des Proletariats vorzubeugen, mit raschen Schlägen den Kampf um die Eroberung der Macht zu Ende führen. Diese Perspektive verlangt von der neuen Organisation, daß sie sich auf die Unvermeidbarkeit einer Periode der Diktatur des Proletariats organisatorisch und ideologisch einstellt. Durch sie wird das Proletariat die Diktatur ausüben, bis alle Fundamente der kapitalistischen Klassenherrschaft und der Wirtschaft im Staatsapparat und sonst im Leben der Gesellschaft vernichtet sind. Sie übernimmt den Staatsapparat nicht, sondern zertrümmert ihn und bildet ihn neu und muß darum diese neue staatliche Organisation schon vorher herausbilden. Für alle wichtigen Gebiete der Wirtschaft, für alle Organe der Exekutive sind Fachräte zu bilden und ist eine personelle Auswahl vorzubereiten und fortlaufend zu ergänzen. Sie wird auch den Rahmen für eine Klassenwehr zu schaffen haben, die im letzten Stadium des revolutionären Kampfes und auch nach der Machtergreifung sofort aufgefüllt werden kann, um Terrorakte und Versuche des bewaffneten Aufstandes niederzuschlagen.

Diese revolutionäre Organisation erhält ihren Auftrag zur Ausübung der Diktatur und ihre Funktionen von den sozialistischen Arbeitermassen. Soll sie zur Ausübung der Diktatur der Klasse fähig bleiben, so muß sie nach innen im Sinne der funktionellen Demokratie ausgebaut sein. Die sozialistischen Arbeiter müssen in ihr die weitestgehenden Rechte haben; mit der Wählbarkeit der Führer muß das Recht und die Gewährleistung der dauernden Kontrolle und der jederzeitigen Abberufbarkeit der Gewählten verbunden sein. Die Führung muß an die Weisungen der Parteimitglieder gebunden sein, denen auch an der Ausführung aller entscheidenden Beschlüsse weitestgehende Anteilnahme zuzusichern ist.

Nur unter Beachtung der funktionellen Demokratie wird sie verhindern können, daß die Diktatur des Proletariats zu einer Diktatur einer kleinen Führerschicht der Partei über die Partei und über das Proletariat wird. Nur dann ist die dauernde Uebereinstimmung der politischen Handlungen der Partei mit den Interessen der proletarischen Klasse gewährleistet, und nur so wird die neue revolutionäre Organisation die Klassenpartei werden, die in hartem Kampfe das Werk des sozialistischen Aufbaus zu Ende führt.

BÜCHERSCHAU

Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Herausgegeben vom Comité des Délégations Juives, Paris 1934. 536 Seiten.

In mehreren Sprachen ist soeben eine umfangreiche Denkschrift erschienen, die an Hand sorgfältig gesichteten Materials die gegenwärtige Lage der Juden in Deutschland darzustellen versucht.

Der Verfasser unterstreicht mehrmals, daß seine Schrift infolge der Beschränkungen, die er sich auferlegte, lückenhaft ist und viele enttäuschen wird, die aus eigener Anschauung die Verhältnisse im Dritten Reich kennen. Das stimmt, aber dennoch ist es außerordentlich verdienstvoll, daß in dem vorliegenden Werk das wichtigste Material über die Judenverfolgungen in Deutschland zusammengetragen worden ist. Verdienstvoll ist auch, daß der Autor sich nicht bloß auf die Wiedergabe der judenfeindlichen Gesetze beschränkt, die nur ein ungenügendes Bild von der Stellung der Juden im „neuen Deutschland" geben, sondern eine Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu geben versucht, die den Antisemitismus zu einem der wichtigsten Tragpfeiler des deutschen Faschismus gemacht haben.

Bei der Lektüre des Werkes kommt es besonders deutlich jedem zum Bewußtsein, welch einen ungeheuren Fehler die Linksparteien begingen, daß sie jahrelang die antisemitische Hetze der Nationalsozialisten nicht ernst nahmen und ihr nicht entschieden genug entgegentraten. Dadurch erhielt der Nationalsozialismus die Möglichkeit, seine in antikapitalistische, scheinsozialistische Phrasen eingehüllte Judenhetze tief in das Volk hineinzutragen und sie auf das engste mit seinem Kampfe gegen die Republik und die sozialistische Arbeiterbewegung zu verbinden. „Den Juden schlägt man — den Sozialismus meint man!" Dieser Satz, der die antisemitische Welle der 90er Jahre chrakterisiert, trat mit ungeheurer Wucht in der Judenhetze der NSDAP. in die Erscheinung und sicherte ihr manchen Erfolg.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der antisemitische Grundzug des Nationalsozialismus, der sich in dieser Beziehung von seinem italienischen Vorbild unterscheidet, nicht nur als Fortsetzung der altpreußischen Tradition, nicht nur als Folge der krankhaften Wahnvorstellungen Hitlers, die in der Schrift eingehend analysiert werden, sondern als großangelegte Spekulation auf die niedrigsten Instinkte einer mit rückständigen Ideologien und Vorurteilen belasteten Masse, die durch eine raffinierte soziale Demagogie aufgepeitscht worden ist. Es ist deshalb eine Illusion, zu glauben — wie das in manchen einflußreichen Kreisen Westeuropas geschieht, — daß die antisemitische Welle im Dritten Reich „abebben" würde. Der Autor der Denkschrift warnt eindringlich vor dieser Illusion.

Der Antifaschismus wird gut tun, sich auch dieser Zusammenhänge bewußt zu werden, um seine Aufklärungsarbeit auch auf dieses — bisher leider vernachlässigte — Gebiet zu richten. Das „Schwarzbuch" wird ihm hierbei — namentlich in seinen wirtschafts- und bevölkerungsstatistischen Abschnitten — wertvolle Dienste leisten.

Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.